

Beschluss
des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung
vom 11.07.2017

-öffentlich-
-einstimmig-

Forderungskatalog für die Haushaltsberatungen 2018

Der Integrationsrat bittet den Stadtrat bei den anstehenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2018 folgende Vorschläge aufzunehmen bzw. zu beschließen:

- **Stelle für Diskriminierungsfragen**
Die Stelle des Beauftragten für Diskriminierungsfragen muss dauerhaft eingerichtet werden. Diese Stelle ist auch für den Integrationsrat ein wichtiger und unverzichtbarer Kooperationspartner (siehe Beschluss des Integrationsrates „Erhalt der Stelle des Beauftragten für Diskriminierungsfragen“ vom 04.10.2016).
- **Stellen für die Geschäftsstelle des Integrationsrates**
Für die Geschäftsstelle des Integrationsrates sollen folgende Stellen geschaffen werden:
 - * eine ganze Stelle für eine „Beratungsstelle für die Integration von Flüchtlingen in Bildung und Ausbildung“ (das Projekt BLEIB wird inzwischen von Ratsuchenden überrannt)
 - * eine halbe Stelle für Integrations- und Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsrates
 - * eine halbe Sachbearbeiterstelle (Sekretariat).Der Arbeitsumfang bezüglich telefonischer Anfragen und Beratungsbedarf von Zugewanderten und organisatorischer Aufwand für die Arbeit des Integrationsrates und seiner Gremien ist in den letzten Jahren enorm gewachsen (siehe Beschluss des Integrationsrates „Personalaufstockung in der Geschäftsstelle des Integrationsrates“ vom 16.05.2017)
- **ZAM**
Ausreichende Mittel für den geplanten kommunalen Aufgabenbereich „Zentrale Anlaufstelle Migration“ bzw. „Gemeinsame Anlaufstelle Integration“
- **Betreuung der Flüchtlinge und der Neuzuwanderer**
Schaffung ausreichender Stellen für die Betreuung der Flüchtlinge und der Neuzuwanderer im Rahmen der kommunalen Aufgaben sowie Bereitstellung von ausreichend Mitteln, vor allem in den Bereichen
 - * Soziales (insbesondere Jugendamt/ASD und Kindertagesstätten)
 - * Gesundheit (insbesondere medizinische Fachstelle für Flüchtlinge mit Fachstelle Trauma)
 - * Bildung (z.B. Koordinierungsstelle „Patenschaften im Bildungsbereich“, vgl. Beschluss des Integrationsrates „Bildungspatenschaften“ vom 23.09.2014)

* Wohnen

* Ausländerwesen (Ausbau der Servicestellen bei der Ausländerbehörde)

- **Zuschüsse für Vereine und Initiativen für interkulturelle Projekte**

Die Zuschüsse der Stadt Nürnberg an Vereine und Initiativen für interkulturelle Projekte und Einzelaktivitäten (KuF) sollten um 10.000 EUR erhöht werden.

Begründung:

Die Stellen- und Mittelanforderungen sind für eine kommunale Integrationsarbeit dringend nötig. Der Integrationsrat wünscht, dass die Stadt Nürnberg vermehrt Angebote von praxisorientierten Integrationsmaßnahmen für Neuzuwanderer und Flüchtlinge fördert.

Für die interkulturellen Projekte der Vereine und Initiativen (Mittelverwaltung bei KuF) fehlten in den letzten Jahren immer wieder ausreichende Mittel.

Nürnberg, 11.07.2017

Vorsitzender



Dimitrios Krikelis

Schriftführerin



Natalya Adah